



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung am  
23.04.2024  
*öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus  
Kleiner Saal  
Marktplatz 2  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 18:35 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

### **Anwesend waren:**

Yvonne Winkler	Ausschussvorsitzende
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion MitBürger
Dr. Ulrike Wünscher	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Annette Kreuzfeldt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Andreas Heinrich	Vertreterin für Herrn Helmich
Dr. Martin Ernst	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kay Senius	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dörte Jacobi	Teilnahme bis 18:10 Uhr
Jana Kozyk	Fraktion Hauptsache Halle
Dirk Neumann	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Richard Busch	Fraktion Die PARTEI Halle (Saale), unabhängig
Sarah Labusga	Sachkundige Einwohnerin
Thorben Vierkant	Sachkundiger Einwohner
Anne-Katrin Wielebinski	Sachkundiger Einwohner
	Teilnahme bis 18:25 Uhr
	Sachkundige Einwohnerin

### **Verwaltung**

René Rebenstorf	Leiter Fachbereich Mobilität
Norbert Schültke	Leiterin Fachbereich Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Dr. Sabine Odparlik	Koordinatorin Presse- und Medienarbeit, Öffentlichkeitsarbeit Mittelstand
Sarah Chantal Keller	Digitalzentrum Leipzig-Halle
Lisa Stechert	Koordinatorin KMU-Netzwerk der Öffentlichkeitsarbeit MDZ Leipzig-Halle

### **Gäste**

René Pessier	Geschäftsführer Mobilitätswerk GmbH Dresden
Mark Lange	Geschäftsführer Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

### **Entschuldigt fehlten:**

Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Claudia Rohrbach	Sachkundige Einwohnerin
Ernst Josef Peter Dehn	Sachkundiger Einwohner
Henry Körner	Sachkundiger Einwohner

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die Ausschussvorsitzende, Frau Winkler, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Frau Winkler sagte, dass zum TOP 5.1 Mobilitätskonzept ein Änderungsantrag der AFD-Fraktion unter dem TOP 5.1.1 vorliegt. Weitere Änderungen oder Ergänzungen gab es nicht.

Frau Winkler rief zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Die Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.03.2024
5. Beschlussvorlagen
  - 5.1. Ganzheitliches Mobilitätskonzept der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2023/06633
    - 5.1.1 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Ganzheitlichen Mobilitätskonzept der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2024/07099
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 6.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu mehr Transparenz bei Gewerbemieten  
Vorlage: VII/2024/06952
7. Mitteilungen
  - 7.1. Kurzvorstellung Mittelstand-Digital Zentrum Leipzig-Halle  
Vorlage: VII/2024/06870
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen
- NÖ Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der
10. Niederschrift vom 26.03.2024
- NÖ Beschlussvorlagen

11.

NÖ Anträge von Fraktionen und Stadträten

12.

NÖ Mitteilungen

13.

NÖ Anfragen von Fraktionen und Stadträten

14.

NÖ Anregungen

15.

### zu 3 Einwohnerfragestunde

---

#### zu 3.1 Fragesteller zum TOP 5.1

---

**Der Fragesteller** sprach zum TOP 5.1 Mobilitätskonzept vor.

Als Nutzer des ÖPNV bemängelte er, dass oftmals am Wochenende die Fahrzeiten von Bus oder Bahn zu weit auseinanderliegen und zu lange Wartezeiten auf diese entstehen.

Er fragte, wer der Ansprechpartner in der Stadt zwischen MDV und der Bahn ist.

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass er der Ansprechpartner in der Stadt für den ÖPNV ist. Er nimmt für die Stadt Halle das Mandat im Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung wahr. Er betonte, dass er selbst viel im ÖPNV fährt und nach 20 Uhr auch die verlängerten Taktzeiten am Wochenende in Kauf nehmen muss. Die Frage ist auch, in welchen Taktzeiten man sich den ÖPNV leisten kann. Alles was im Mobilitätskonzept steht, stellt einen Kompromiss dar, die Frage ist hierbei auch, was können und wollen wir uns leisten, wo sollen Akzente gesetzt werden.

**Der Fragesteller** vermisste, dass Prioritäten gesetzt werden. Als Beispiel benannte er den Bus 91, welcher in der Nacht 5 Minuten nach Ankunft der S-Bahn abfährt, es ist für einen Nutzer beider Verkehrsmittel meistens nicht machbar, den Bus zu erreichen. Gibt es eine Prioritätsliste, in welcher gewünschte Änderungen aufgeführt sind?

**Herr Rebenstorf** antwortete, dass es den Nahverkehrsplan gibt, welcher schon Prioritäten setzt bzw. Qualitäten festlegt, welche Angebote auf welchen Linien gefahren werden. Er bot an, dass konkrete Fälle zur Anschlussverbindung ihm mitgeteilt werden können, welche er dann bei den Verantwortlichen der HAVAG, OBS oder Bahn ansprechen würde.

Der Fragesteller sprach noch die Problematik der zu vollen Straßenbahnen nach/von Neustadt an, insbesondere auch für Kinderwagen schwierig.

**Herr Rebenstorf** bestätigte die vollen Straßenbahnen von/nach Neustadt, was insbesondere der Baustelle in der Mansfelder Straße geschuldet ist, da aufgrund dessen dort nur eine Eingleisigkeit gewährleistet werden kann.

Er informierte, dass die HAVAG neue Wagenzüge bestellt hat, die eine andere Aufteilung haben und wozu es auch vorab eine Kundenbeteiligung gab. Es sollen breitere Türen und damit Einstiegsbereiche und mehr Platz für mobilitätseingeschränkte Personen und

Rollstühle geben. Erstmals werden auch Langzüge bestellt, sodass mehr Platz angeboten werden kann.

Sobald die Brücke bautechnisch fertig ist, wird auch zum alten Takt der Straßenbahn zurückgekehrt werden können. Er betonte, dass man an der Problematik dran ist, aber alles auch seine Zeit benötigt.

**Der Fragesteller** dankte für die Beantwortung.

---

**zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 26.03.2024**

---

Die Niederschrift vom 26.03.2024 wurde bestätigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

---

**zu 5 Beschlussvorlagen**

---

**zu 5.1 Ganzheitliches Mobilitätskonzept der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2023/06633**

---

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Ganzheitlichen Mobilitätskonzept der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VII/2024/07099**

---

**Herr Rebenstorf** bat um Erteilung des Rederechts für Herrn Pessier vom Mobilitätswerk, welches diesem einstimmig erteilt worden ist.

**Herr Rebenstorf** wies darauf hin, dass der Vortrag von Herrn Pessier bereits im Planungsausschuss gehalten worden ist, deswegen wird dieser hier in verkürzter Form gehalten werden. Er führte kurz in die ersten Folien ein.

**Herr Pessier** stellte in zusammengefasster Darstellung anhand einer Präsentation die wesentlichen Punkte zum Mobilitätskonzept vor.

Im Anschluss führte **Herr Heinrich** in den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

**Frau Winkler** gab die Diskussion frei.

**Frau Jacobi** fragte zu der Anlage zu den Handlungsfeldern, hier zu den Balkendiagrammen, nach, die die Vision und den IST-Zustand darstellen. Hier haben sich die Farben verdreht.

**Herr Pessier** sagte, dass auf so kurzem Raum die Darstellung ihre Grenzen hat. Es sollte relativ kurz und kompakt gehalten werden. Der IST-Zustand ist aktuell besser, als dieser in der Zukunft sein wird. Dies betrifft den ÖPNV, da hier durch den ansteigenden Platzbedarf sich dies zukünftig verändert und demzufolge die Farben getauscht sind. Beim Radverkehr müssen Sicherheitsaspekte stärker bedacht werden.

**Herr Schültke** wies beispielhaft auf die neuen Regelwerke hin, die seit wenigen Monaten für

die Planung von neuen Verkehrsanlagen vorgegeben sind. Hier wird es zukünftig deutlich breitere Gehwege und Fußwege geben müssen und in jeder gebauten Stadt sind die Verhältnisse so wie sie vorzufinden sind. Gerade in einer Altstadt, in der es enger ist, wird die Planung zur Aufteilung neuer Verkehrsmittel und deren Raum neu aufzuteilen, deutlich schwieriger werden, sodass man sich im ÖPNV deutlich beschränken werden muss. Es wird nicht mehr überall einen eigenen Gleiskörper geben können.

**Frau Jacobi** sagte, dass sie dies für den ÖPNV verstanden hat. Die Umkehr beim Pkw und auch Wirtschaftsverkehr bei verfügbarem Platz heißt dann auch, dass dies später in der Vision weniger wird.

Dies bejahte **Herr Schültke**.

**Herr Vierkant** bezog sich auf seine Mitarbeit bei der Arbeitsgruppe zum Mobilitätskonzept. Er hat die Zusammenarbeit in der Gruppe so empfunden, dass hier eine Lobbyarbeit stattgefunden hat, die letztendlich zum Ziel hatte, wie man die Autos aus der Stadt bekommt. Das hat etwas mit politischen Zielen zu tun, die man haben kann, aber offen dann aussprechen sollte. Es ist unverständlich, warum dies vor den Kommunalwahlen noch schnell abgestimmt werden soll, anstatt es dem neuen Stadtrat in Ruhe zur Entscheidung zu überlassen.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass er diese Aussage so nicht stehen lassen kann. Es wurde in der Arbeitsgruppe gesagt, dass mit der Mehrheit, die dafür vorlag, dies auch zur Entscheidung vorgelegt werden kann. Eine Vertagung in die nächste Wahlperiode heißt, das blockiert und verhindert und nichts gemacht wird, sondern man beim derzeitigen Zustand bleiben soll. Das entspricht nicht der Arbeitsweise der Verwaltung, es geht um die Weiterentwicklung der Stadt.

Mit der Arbeitsgruppe, die hierzu zusammengekommen ist, sollte die Arbeit auch zu Ende geführt, also auch eine Abstimmung herbeigeführt werden. Wenn dies in die neue Wahlperiode verschoben wird, fängt man wieder am Anfang an, da dann eine Einführungslesung stattfinden müsste, um alle Mitglieder auf den entsprechenden Stand zu bringen. Das wäre nicht hilfreich für die weitere Entwicklung in der Stadt, deswegen bat er darum, zu der Beschlussvorlage heute abzustimmen.

Er betonte, dass es nicht um einen Affront gegen das Auto geht. Ein Auto benötigt Platz zum Fahren und zum Parken. Die Stadt hat ein Verkehrsnetz aus dem 19. Jahrhundert und die Altstadt eins, was aus dem Mittelalter stammt. Hier ist nie das Straßennetz angetastet worden, außer vielleicht in der Gründerzeit. Er hält nichts von einem „Spaghettikreuz“ in der Innenstadt, da dies nicht funktioniert. Es müssen akzeptable Lösungen mit den Randbedingungen, die hier sind, gefunden werden. Für die Innenstadt sind ausreichend Parkhäuser da, die nach der Wende hier gebaut worden sind, die eine schlechte Auslastung haben. Der Fußgänger, insbesondere mobilitätseingeschränkte Personen, kommen bisher am schlechtesten weg. Die Radfahrer gehören ebenfalls dazu. Er betonte wiederholt, dass es um gegenseitige Rücksichtnahme geht und auch die Achtung vor dem, was hier erarbeitet und heute vorgelegt worden ist.

**Frau Krimmling-Schoeffler** stimmte Herrn Rebenstorf in seinen Ausführungen zu. Es wurde ca. 3,5 Jahre an diesem Konzept gearbeitet und sie empfindet es positiv, dass die Stadträt/-innen, die hierbei mitgewirkt haben, dies jetzt auch noch abstimmen dürfen und dies nicht nochmal neu aufgemacht wird. Es ist für jeden ein Kompromiss, auch für sie, in dem Konzept enthalten. Es sollte ein ganzheitliches Mobilitätskonzept erarbeitet werden, was jetzt auch vorliegt. Für jeden Verkehrsteilnehmer waren auch Lobbygruppen in der Arbeitsgruppe vertreten, wie bspw. der ADAC, die IHK, die Handwerkskammer, ADFC und der Fußgängerverein. Sie bat ebenfalls um Zustimmung zu dem lange erarbeiteten Konzept.

**Frau Thomann** sagte, dass der langwierige Diskussionsprozess dazu geführt hat, dass man zu einem Ergebnis gekommen ist. Sicher hätte sie sich als Vertreterin der GRÜNEN manches mehr gewünscht, aber klar war, dass eine Mehrheit erlangt werden soll und auch die Mehrheit der Bevölkerung hier dahinterstehen soll. Demzufolge muss man auch mit Kompromissen zufrieden sein. Sie betonte, dass es darum geht, dass die Notwendigkeiten anerkannt werden, die mit der Entwicklung des Klimas auf die Menschen zukommen und dass für die kommenden Generationen auch noch erträgliche Bedingungen ausgehandelt werden sollen. Sie ging kurz auf den Änderungsantrag der AfD ein. Wenn das Ziel erreicht wird, was hinter diesem Mobilitätskonzept übergeordnet steht, den Umweltverbund zu fördern, dann ist klar, dass die Autos im Prinzip in vielen Fällen für die Menschen überflüssig werden. Dann werden nicht mehr so viele Parkflächen benötigt. Zur Regelgeschwindigkeit Tempo 30 führte sie aus, dass es die Erkenntnis der Unfallstatistiker gibt, je geringer die Relativgeschwindigkeit ist, also die Differenz zwischen dem schnellsten und dem langsamsten Verkehrsteilnehmer, umso geringer ist die Unfallhäufigkeit und umso besser ist auch die Durchlässigkeit der Verkehrswege. Deswegen ist es sinnvoll in der Stadt, auf dieses Tempo hinzukommen.

**Frau Winkler** stellte fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen gab und rief zur Abstimmung auf.

zu 5.1.1 **Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion zum Ganzheitlichen Mobilitätskonzept der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlage: VII/2024/07099

---

**Abstimmungsergebnis skE:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Abstimmungsergebnis Strä:** **mehrheitlich abgelehnt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat bestätigt die Ziele des Ganzheitlichen Mobilitätskonzepts sowie das zu ihrer Erreichung fachlich notwendige Maßnahmen-Konvolut in den Handlungsfeldern (siehe Anlagen A und B der Beschlussvorlage), als Grundsätze und Richtschnur der städtischen Mobilitätspolitik mit folgenden Ausnahmen:
  - **Die Regelgeschwindigkeit Tempo 30 wird gestrichen**
  - **„Flächen des ruhenden Verkehrs, wo notwendig, zugunsten des Fuß-/Radverkehrs reduzieren“ wird gestrichen**
  - **Parkflächenreduzierung wird gestrichen**
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung der Maßnahmen notwendigen (Einzel-)Vorhaben schrittweise und unter dem Vorbehalt der Finanzierung planerisch **jedoch nicht vor dem 01. Juli 2024** vorzubereiten.

zu 5.1 **Ganzheitliches Mobilitätskonzept der Stadt Halle (Saale)**  
Vorlage: VII/2023/06633

---

**Abstimmungsergebnis skE:** **mehrheitlich zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis Strä:**

**mehrheitlich zugestimmt**

**Beschlussvorschlag:**

3. Der Stadtrat bestätigt die Ziele des Ganzheitlichen Mobilitätskonzepts sowie das zu ihrer Erreichung fachlich notwendige Maßnahmen-Konvolut in den Handlungsfeldern (siehe Anlagen A und B der Beschlussvorlage), als Grundsätze und Richtschnur der städtischen Mobilitätspolitik.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die zur Umsetzung der Maßnahmen notwendigen (Einzel-) Vorhaben schrittweise und unter dem Vorbehalt der Finanzierung planerisch vorzubereiten.

**zu 6        Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 6.1     Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu mehr Transparenz bei  
Gewerbemieten  
Vorlage: VII/2024/06952**

---

***Auf Antrag von Herrn Senius, SPD-Fraktion,  
wurde zu diesem TOP ein Wortprotokoll angefertigt***

**Frau Winkler**

Und da haben wir den TOP 6.1, Antrag der SPD-Fraktion zu mehr Transparenz bei Gewerbemieten, bitte Herr Senius.

**Herr Senius**

Ja, vielen Dank Frau Vorsitzende. Das Anliegen, das hinter dem Antrag steht, ist, glaube ich, nachvollziehbar. Wir haben mit dem Mietspiegel jetzt eine gute Transparenz über den Wohnungsmietenmarkt, wir haben eine noch nicht so gute Transparenz über den, über die Gewerbemieten.

Wir haben uns im Vorfeld des Antrages kundig gemacht. Die IHK'en geben ihren Mitgliedsfirmen Auskunft. Die Verwaltung schreibt in ihrer Stellungnahme, dass hauptsächlich anlassbezogen auch bei der Verwaltung nachgefragt wird. Daraus habe ich einmal die Frage, wie häufig das passiert und wenn bekannt ist, wie die Anfragenden darauf aufmerksam gemacht sind oder gemacht worden sind, dass auch diese Auskunft bei der Verwaltung vorliegt und nachgefragt werden kann. Das ist eine Frage.

Und die zweite Frage, die ich habe, bezieht sich auf ihre Stellungnahme. Sie nehmen unser Anliegen auf, indem Sie sagen, dass künftig und zwar zeitnah die Daten des IVD auch auf der Seite der Verwaltung abgebildet werden sollen, damit wäre die Transparenz, die wir uns erwartet haben mit dem Antrag, erreicht. Ich habe nur eine Bitte. Sie schreiben hier, dass dies zeitnah erfolgen soll, wir halten es auch für sinnvoll, wenn Sie dies noch ein bisschen konkretisieren können, bis wann das erfolgt ist und wir das Protokoll festmachen, dann kann ich auch gern den Antrag zurückziehen.

**Frau Winkler**

Frau Dr. Odparlik.

**Frau Dr. Odparlik**

Ja, Sie hatten ja zunächst gefragt, wie oft das erfolgt, dass so etwas nachgefragt wird. Wir haben ja bei uns im Fachbereich Immobilien den Informationsservice. Wir reden ja mit Eigentümern und stellen die Angebote auch ins Netz und vermitteln und haben dadurch auch einen ganz guten Überblick über Gewerbemieten für alle, die da mit uns zusammenarbeiten und das offenlegen und wir können solche Informationen jederzeit bereitstellen, wenn nach Gewerbeflächen gesucht wird, ja, aber das sind natürlich allgemeine Informationen. Am Ende laufen die Verhandlungen, es geht ja um Gewerbeflächen, zwischen Mieter und Vermieter. Da können wir natürlich keinen Einfluss darauf nehmen, aber wir haben natürlich einen Überblick, wo wir in etwa stehen.

**Herr Senius**

Es geht um die Orientierung, die ggf. der Verhandelnde auch von Ihnen bekommt.

**Frau Dr. Odparlik**

Genau. Und auch in Akquiseunterlagen legen wir solche, ich sage mal, Richtwerte mit vor, also, wenn wir Akquise betreiben.

Was die Einbindung auf unsere Website angeht, kann man das sicher relativ schnell umsetzen, ich würde da jetzt aber ungern ein Datum nennen, weil, das muss ich mit meinen Kollegen besprechen, die es auch wirklich machen und damit arbeiten jeden Tag.

**Herr Senius**

Darf ich nochmal nachfragen? Wäre es für Sie ein nicht kalkulierbares Risiko, wenn wir sagen, dass es mit Abschluss des III. Quartals umgesetzt ist?

**Frau Dr. Odparlik**

Also das sollten wir schaffen, ja.

**Herr Senius**

Dann schreiben wir das doch bitte so ins Protokoll rein. Und dann kann ich den Antrag zurückziehen und wir haben damit das, was wir eigentlich damit erreichen wollten, nämlich die Transparenz für den Bürger auf einer Seite der Stadt auch erreicht.

**Frau Dr. Odparlik**

Sehr gut. Vielen Dank.

**Herr Senius**

Machen wir an der Ecke, die Aussage als Wortprotokoll und dann ist es gut.

**Frau Winkler**

Gut, Wortprotokoll.

**Herr Senius**

Dann ziehe ich den Antrag zurück.

**Frau Winkler**

Wunderbar, vielen Dank.

*Ende Wortprotokoll*

**Abstimmungsergebnis: zurückgezogen**

## **Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung prüft, welche Wege geeignet sind, um in Zukunft die Transparenz in Bezug auf die in Halle ortsüblichen Gewerberaummieten zu verbessern. Ziel soll es insbesondere sein, territorial und nach Nutzungsart differenzierte ortsübliche Mieten für Gewerberäume auszuweisen.
2. Die Prüfung beinhaltet insbesondere die Frage, welche Möglichkeiten der Stadtverwaltung zur Verfügung stehen, um bereits bestehende Übersichten und Orientierungsrahmen zur Lage der Gewerberaummieten in Halle kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Der Immobilienpreisspiegel des Maklerverbandes IVD sowie der Grundstücksmarktbericht des Gutachterausschusses für Grundstückswerte sind dabei im besonderen Maße zu berücksichtigen.
3. Darüber hinaus prüft die Verwaltung, inwiefern die Erstellung eines „Gewerbemietenspiegels“ mittelfristig sinnvoll und geboten ist. Dabei geht sie insbesondere auf den Mehrwert gegenüber den unter 2. genannten Übersichten ein und stellt dar, wie insbesondere territorial und nach Nutzungsart differenzierte ortsübliche Mieten für Gewerberäume dargestellt werden können. Zudem trifft die Verwaltung im Rahmen der Prüfung eine Aussage über die voraussichtlichen Erstellungskosten. Sie bezieht dabei bereits existierende Orientierungsrahmen und Gewerbemietenspiegel in die Prüfung ein.
4. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Stadtrat bis zum Juni 2024 vorgelegt.

## **zu 7            Mitteilungen**

---

<b>zu 7.1</b>	<b>Kurzvorstellung</b>	<b>Mittelstand-Digital</b>	<b>Zentrum</b>	<b>Leipzig-Halle</b>
	<b>Vorlage: VII/2024/06870</b>			

---

**Frau Dr. Odparlik** sprach an, dass eine Information zum Mittelstand Digital Zentrum Leipzig-Halle gegeben wird. Das Projekt ist 100%ig gefördert vom Bund und wird mit verschiedenen Regionalpartnern umgesetzt. Kleine und mittelständische Unternehmen sollen dabei unterstützt werden, Digitalisierung einzusetzen, um ihre Nachhaltigkeit zu stärken. Es geht nicht nur um ökologische, sondern auch ökonomische und soziale Nachhaltigkeit. Sie verband mit dieser Information auch die Hoffnung, dass die Mitglieder des Ausschusses als Multiplikatoren wirken und auch Unternehmen über dieses Angebot nochmal informieren.

Es konnten zwei Stellen im Fachbereich dafür geschaffen werden. Sie stellte diese zwei Mitarbeiterinnen Frau Keller und Frau Stechert kurz vor.

**Frau Keller und Frau Stechert** informierten anhand einer Präsentation zum aktuellen Stand hierzu (siehe Anlage Informationsvorlage). Es wurde auf die Website, als auch Social Media Kanäle und Podcasts verwiesen, wo entsprechende Themen und Informationen abgerufen werden können. Mit dem in der Präsentation hinterlegten QR Code gelangt man direkt auf die Website.

**Herr Busch** fragte zu dem Format nach. Gibt es Überlegungen, so etwas zu verstetigen oder bleibt es bei einer einmaligen Aktion, die nach Auslaufen der Förderperiode wieder beendet wird? Außerdem fragte er, welche Firmenbranchen auf sie zukommen. Mit welchen Anliegen/Schwerpunkten wenden sich Firmen an sie? Wie kommt es, dass die Stadt Leipzig selbst nicht vertreten ist?

**Frau Dr. Odparlik** antwortete zur ersten Frage. Im Juni gibt es einen Statusworkshop mit dem Bund, wo auch über eine weitere Förderung gesprochen werden soll. Momentan geht

sie erstmal nicht davon aus, dass eine weitere Förderung erfolgt, da auch eine Bundestagswahl ansteht und hier die Haushaltskonsolidierung immer eine Rolle spielt. Dies wäre sehr bedauerlich, da hier viel aufgebaut wird.

Es wird auch Informationsmaterial erarbeitet, welches als Paket zu bestimmten Themen dann zur Verfügung gestellt wird. Deswegen muss überlegt werden, wie dies nachhaltig in die Bestandspflege eingebaut werden kann. Sie betonte, dass es sehr positiv wäre, wenn dies weitergeführt werden könnte, da es an den Klein- und Mittelstand gerichtet ist. Dieser kommt teilweise etwas kurz, da es personell nicht geleistet werden kann, in jedes Unternehmen proaktiv hineinzugehen. Auch bei der wirtschaftlichen Resilienz spielen die kleinen und mittelständischen Unternehmen eine enorme Rolle, diese sind in der Regel auch mehr mit der Region verbunden. Deswegen muss überlegt werden, wie dies beibehalten werden könnte.

**Frau Keller** ging auf die zweite Frage bezüglich der Themen für Unternehmen ein. Entweder kommen Firmen direkt auf sie zu oder sie geben Themen vor. Sehr gut kommt gegenwärtig das Thema E-Rechnung und I-Kfz, da hat die Handwerkskammer gerade gut den Nerv getroffen, dies wird sehr gut angenommen. Auch die Sichtbarkeit im Netz, wie eine Website aufgebaut wird und das Unternehmen sichtbar gemacht werden kann, sind ein großes Thema. Auch wie künstliche Intelligenz in das Unternehmen Eingang finden kann wird erfragt.

**Frau Dr. Odparlik** ging auf die dritte Frage ein, weil das die Antragsstellungsphase betrifft, wo die beiden Kolleginnen noch nicht da waren. Die Handwerkskammer kam auf den Fachbereich zu und hat das angefragt. Öffentlichkeitsarbeit ist eine gute Ergänzung zur Bestandspflege und geht auch auf verschiedene Strategien der Stadt, wie bspw. das Klimaschutzkonzept, ein, da dies auch an die Wirtschaft adressiert ist. Es geht auch um Nachhaltigkeitsentwicklung, das Thema Fachkräfteallianz und Smart City. Warum Leipzig raus ist, kann sie nicht sagen, es sind aber zwei Partner aus Leipzig dabei, das bspw. und die HTWK. Die Handwerkskammer hat gute Verbindungen zu ihrem Fachbereich.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

## zu 7.2 Informationen zum Gästebeitrag

---

**Frau Winkler** bat um Erteilung des Rederechts für Herrn Lange von der SMG. Das Rederecht wurde diesem einstimmig erteilt.

**Frau Dr. Odparlik** informierte zum Gästebeitrag anhand einer Präsentation.

**Die PPP ist im Anschluss der Sitzung in Session hinterlegt worden.**

Sie erinnerte an den Beschluss des Stadtrates zur Einführung eines Gästebeitrages. Es handelt sich nicht um eine Steuer, sondern das Ziel ist es, den Aufwand für die touristische Infrastruktur teilweise mit zu decken, deswegen muss es eine zweckgebundene Verwendung geben. Es wird eine entsprechende Software und eine personelle Verstärkung für die Einführung und Durchführung des Gästebeitrages benötigt.

**Frau Dr. Odparlik** führte anhand der PPP weiter dazu aus und informierte zum gegenwärtigen Stand, der Kalkulation und die nächsten Arbeitsschritte. Eine Beschlussfassung soll möglichst noch im Juni 2024 herbeigeführt werden (siehe PPP).

**Frau Krimmling-Schoeffler** fragte, ob das geplante Personal hierfür bei der Stadtverwaltung oder beim Stadtmarketing angegliedert werden soll. Bezüglich der Aussage zu den zweckgebundenen Einnahmen wollte sie wissen, ob dies dann für die Begrünung, Wasserspiele und Toiletten zweckgebunden im Haushalt hinterlegt wird.

**Frau Dr. Odparlik** antwortete, dass dies angedacht ist. Wie dies konkret umgesetzt werden soll, muss noch besprochen werden, da hier auch gesehen werden muss, was tatsächlich eingenommen wird. Im Sinne des Zukunftszentrums erhofft man sich auch einen Aufwuchs an

Übernachtungszahlen, sodass dann auch solide Einnahmen da wären, die entsprechend auch eingesetzt werden können. Dies wird verwaltungsintern geprüft und später dann hier vorgestellt werden.

Zum Personal geht sie davon aus, dass dies eher in der Stadtverwaltung als im SMG angegliedert wird.

**Herr Vierkant** ging kurz auf eine Formalie ein. Der Beschluss zur Einführung des Gästebeitrages wurde im Juni 2023 im Stadtrat beschlossen. Er fragte zur angedachten Beschlussfassung im Juni 2024 nach, ob es vorher noch konkrete Aussagen, insbesondere zur Gegenfinanzierung in der Verwaltung geben wird und in welcher Haushaltsstelle das zu finden wäre oder soll das offenbleiben?

**Frau Dr. Odparlik** antwortete, dass die Beschlussvorlage zuerst in den Finanzausschuss gehen soll, welcher für die Finanzen zuständig ist.

**Frau Jacobi** hob positiv hervor, wie zügig hiermit ein Beschluss des Stadtrates umgesetzt wird. Sie fragte, ob bereits eine ungefähre Tendenz, wie hoch der Gästebeitrag sein soll, gegeben werden kann, auch wenn dies noch in der internen Abstimmung ist.

**Frau Dr. Odparlik** antwortete, dass noch einige Zahlen geprüft werden, die rein oder raus gerechnet werden müssen, sodass der konkrete Gästebeitrag noch nicht feststeht. Tendenziell könnte dieser bei 3,50 Euro liegen. Im Vergleich zu Leipzig wies sie darauf hin, dass diese zusätzlich noch eine Bettenteuer einnehmen.

**Frau Dr. Wünscher** fragte, wieviel für die Beherbergungsstätten von dem Gästebeitrag übrigbleiben werden.

**Frau Dr. Odparlik** erwiderte, dass sie hierzu noch keine verbindlichen Aussagen treffen kann. Zuerst muss eine Ausschreibung für eine Software erfolgen. Momentan wird auch noch zur Struktur des Personals diskutiert.

**Frau Dr. Wünscher** bemängelte, dass noch keine verlässliche Aussage dazu getroffen werden kann.

**Herr Lange** sagte, dass die Beherbergungsbetriebe gar nichts erhalten, der Beitrag wird weitergereicht. Er wies auf zwei Problemlagen hin. Gegenwärtig gibt es eine statistische Erfassung über das Statistische Landesamt, welches leider nur ausschließlich Übernachtungen erfasst. Es wird nicht nach Privatgast oder Businessgast unterschieden.

Es gibt unterschiedliche Schätzungen, die pro Haus unterschiedlich sind. Beim „Dorint“ als Businesshotel liegt die Quote bei 80% Businessgäste. In Pensionen ist es eher der Privatgast.

Ein großes Problem stellt dar, dass nur Beherbergungsunternehmen, die mehr als 10 Betten haben, erfasst werden. Pensionen, Ferienwohnungen, Airbnb mit geringerer Bettenanzahl werden momentan nicht erfasst. Insofern ist eine Berechnung gegenwärtig fast unmöglich.

Im Jahr 2023 gab es ca. 450 000 statistisch erfasste Übernachtungen, wenn man hier von der Hälfte Business und Hälfte Privatgäste ausgeht, liegt man bei 225 000 und diese mal mit 3,50 Euro berechnet, ergibt ca. 800 000 Euro, davon müssen die anfallenden Kosten wie Personal und der Anbieter der Digitallösung abgezogen werden. Gegenwärtig geht man von zwei Personalstellen aus, da nicht nur digital, sondern auch eine analoge Erfassung angedacht werden muss, da nicht alle Gäste sich digital einloggen können. Die digitalen Anbieter liegen gegenwärtig bei 8 bis 12% der vereinnahmten Summe.

Er wies demzufolge darauf, dass gegenwärtig nur ca. 300 000 bis 400 000 Euro übrigbleiben. Er geht davon aus, dass ca. 100 000 Euro im „grauen Beherbergungsmarkt“ sind. Wenn dies dazu käme, läge man bei 700 bis 800 000 Euro mit der Tendenz Zukunftszentrum dann höher.

Momentan kann es tatsächlich nicht errechnet werden, da statistisch keine Erfassung von allen Übernachtungsgästen erfolgt und weil die Beherbergungsunternehmen nicht verpflichtet sind, mitzuteilen, ob es sich bei ihnen um Business- oder Privatgäste handelt. In anderen Bundesländern wird es erfasst, im Land Sachsen-Anhalt leider nicht.

**Herr Busch** fragte nach der Einschätzung, ob die Stadt ggf. das nachprüfen kann, wenn dies statistisch nicht erfasst wird.

**Herr Lange** sagte, dass dies letztendlich eine Verordnung wäre. Es wird natürlich von der Ehrlichkeit jedes einzelnen Vermieters ausgegangen. Er benannte als Beispiel die Vermietungspraxis an der Ostsee, wo es entsprechende Meldeformulare für Ferienwohnungen gibt und Ordnungsstrafen erhoben werden, wenn die Anmeldung nicht erfolgt. Es kann bei uns nicht kontrolliert werden, sodass der „Graubereich“ nicht erfasst werden kann.

**Frau Jacobi** fragte, ob die Stadt Sanktionsmöglichkeiten hat, wenn es nicht gemeldet wird.

**Herr Lange** sagte, dass dies in die Satzung gehört und dort auch festgeschrieben ist, dort sind gesetzlich entsprechende Sanktionen festgelegt.

**Herr Lange** ging kurz auf das Tourismuskonzept ein, wo 92 Handlungsfelder gemeinsam erarbeitet worden sind. Davon sind 26 die Themen, wozu Frau Dr. Odparlik ausgeführt hatte, nämlich klassische Infrastruktur, die den Gästen zugutekommt, aber auch den Einwohner/-innen dieser Stadt. Letztendlich fehlt bei vielen Themen der finanzielle Rahmen für eine Umsetzung. Dieser Katalog müsste in den nächsten 10 Jahren erstmal abgearbeitet werden.

Bei dem Gästebeitrag wurde bei der Erhebung in der Kalkulation keine institutionsbezogene Finanzierung in Erwägung gezogen, weder bei der SMG noch bspw. im Stadtmuseum. Es ist Allgemeingut, was jeder allgemein nutzen kann, ohne dass er Eintritt dafür bezahlen muss. Insofern ist in der Verwendung dieses Gästebeitrages genug Mehrwert, was für den Gast auch ein tatsächlicher Mehrwert ist, aber auch für die Einwohner/-innen der Stadt einen Mehrwert bedeutet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

## **zu 8      Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

## **zu 8.1 Herr Senius zur Auskunftplattform Busse und Umsteigezeiten**

---

**Herr Senius** ging auf das Angebot von Herrn Rebenstorf zur Einwohnerfragestunde ein, dass bestimmte Dinge zum ÖPNV an diesen gerichtet werden können. Er nutzte die Chance, um anzusprechen, dass auf der MOOVME- Plattform die Linie 21 Richtung Bruchsee in den Morgen und Vormittagsstunden nicht ausgewiesen ist. Hier sollte darauf hingewirkt werden, dass diese Auskunftsplattform vollständige Angaben im Fahrplan enthält

Außerdem ging er auf die Umsteigezeit an der Schwimmhalle ein. Von der Straßenbahn auf die Linie 21 Richtung Kröllwitz beträgt die Umsteigezeit bei einigen Verbindungen nur 2 Minuten, was zu kurz ist. Hier dachte er insbesondere auch an Rollstuhlfahrer, die das unmöglich schaffen können. Manchmal warten die Busfahrer, aber nicht immer. Hier regte er an, dass die Anschlusszeiten besser angepasst werden sollten.

**Herr Rebenstorf** sagte, dass es bei der HAVAG das Projekt „Sicherung der Anschlusszeiten“ gibt. Er wird die Hinweise aufnehmen und der HAVAG dies mit der Bitte übermitteln, dies zu prüfen und möglichst anzupassen.

**Frau Labusga** gab ergänzend den Hinweis, dass bei den mobilen Plattformen beim Durchklicken meistens eine Support Hotline oder e-mail-Anschrift hinterlegt ist, wo man solche Dinge gleich selbst melden kann. Dies dürfte viel schneller gehen, als wenn Dienstwege beschritten werden müssen.

## **zu 8.2 Frau Dr. Kreutzfeldt zur Einbeziehung Fraktionen in AG Marktplatz**

---

**Frau Dr. Kreutzfeldt** sprach an, dass im Februar ein Antrag bezüglich des Marktplatzes und seiner Qualität vorlag. Darin wurde angeregt, dass in der bereits bestehenden Arbeitsgruppe zum Marktplatz auch Mitglieder der Fraktionen mit eingebunden werden sollen. Sie fragte, wie der Stand hierzu ist.

**Frau Dr. Odparlik** antwortete, dass die praktische Umsetzung nochmal überlegt worden ist. Es gibt noch eine interne AG Marktplatz, wo diese Idee mit allen nochmal besprochen werden soll und sie davon ausgeht, dass danach dazu informiert werden kann.

## **zu 8.3 Frau Kozyk zum digitalisierten Wohngeldantrag**

---

**Frau Kozyk** sprach an, dass mehrfach nachgefragt worden ist, wann der digitale Wohngeldantrag kommen wird. Hier ist das Land mit beteiligt. Sie hätte gern Aussagen, wann dieser verbindlich kommen soll.

### **Anmerkung Protokollführerin:**

Die Anfrage hat sich zur Beantwortung erledigt, da im Nachgang dieser Sitzung Frau Kozyk auf die Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 11.04.24 hingewiesen wurde, wo unter dem TOP 7.4 dazu informiert worden ist und dies dann nach der Veröffentlichung der Niederschrift nachlesbar sein wird.

## **zu 8.4 Frau Kozyk Neustadtcenter - Stadtplatz Ausstellung**

---

**Frau Kozyk** hatte ein Gespräch mit dem Centermanager vom Neustadtcenter.

Bisher ist zum Stadtplatz noch nicht klar, wann es die Ausstellung zu allen Varianten im Center geben soll. Es wird alles für die Ausstellung vorbereitet.  
Sie fragte, ob der Termin für die Ausstellung bereits bekannt sei.

**Herr Senius** ergänzte, dass im Kulturausschuss gesagt worden ist, dass es zu den Varianten und Vorschlägen zu der Gestaltung des Vorplatzes vor dem Neustadtcenter eine Ausstellung im Neustadtcenter geben soll.

**Frau Kozyk** sagte, dass der Centermanager nur auf den „Startschuss“ zur Ausstellung wartet, die Vitrinen etc. sind vorbereitet, nur die Zeitabfolge ist noch unklar.

**Herr Rebenstorf** sagte eine Beantwortung zu.

## **zu 9      Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

**Frau Winkler** beendete den öffentlichen Teil und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

---

Yvonne Winkler  
Ausschussvorsitzende

---

Uta Rylke  
stellv. Protokollführerin